



DAS ERGEBNIS VON KIEL

DAS ERGEBNIS VON KIEL

Unter dem Titel „Solide, solidarisch, Grün: Unsere Haushalts- und Finanzpolitik“ haben die Grünen am Wochenende massive Steuer- und Abgabenerhöhungen beschlossen. Diese würden, entgegen grüner Beteuerungen, bereits qualifizierte Facharbeiter, leitende Angestellte und kleine Selbständige deutlich belasten. Die Süddeutsche Zeitung hat diese Maßnahmen daher zu Recht als „Steuererhöhungssorgie“ bezeichnet.

Konkret fordern die **Grünen** in ihrem Beschluss:

- Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 49 Prozent ab einem Einkommen von 80.000 Euro (4 Mrd. Euro) bzw. auf 45 Prozent ab 60.000 Euro
- Auf zehn Jahre angelegte Vermögensabgabe für Vermögen über 1 Mio. Euro (100 Mrd. Euro)
- Kurzfristig Abschmelzung, langfristig Abschaffung des Ehegattensplittings (3,5 Mrd. Euro)
- Abschaffung von Ausnahmen bei der Ökosteuern (Diesel, Heizstoffe, Düngung in der Landwirtschaft)
- Ausweitung der Gewerbesteuer auf Freiberufler und Ausbau zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer
- Erhöhung der LKW-Maut
- Finanztransaktionssteuer
- Verdopplung der Erbschaftsteuer
- Abschaffung der Abgeltungssteuer, stattdessen wieder eine progressive Besteuerung von Kapitalerträgen
- Ersatz des Grundfreibetrags durch eine für alle einheitliche Steuergutschrift
- Umwandlung des Solidaritätszuschlag in eine dauerhafte, zweckgebundene Steuer
- Rücknahme wesentlicher Teile des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes (Zinsschranke, Funktionsverlagerung)
- Beschränkung der Abzugsfähigkeit von Gehältern auf 500.000 Euro
- Reform der ermäßigten Mehrwertsteuersätze

Das zeigt: **Grüne Politik würde den Mittelstand belasten, das Wachstum gefährden und wäre das Gegenteil von Steuergerechtigkeit.**

Deshalb FDP.